

TRIBÜNE

Preise müssen sich frei bilden können

Gastkommentar

von DIRK NIEPELT

Der Bundesrat hat mit einer breiten Palette von Massnahmen auf die wirtschaftlichen Verwerfungen durch Covid-19 reagiert. Es ist absehbar, dass es nicht bei diesen Massnahmen bleiben wird. So dürften die zinsfreien und mit Bundesgarantie versehenen Darlehen in Zukunft gestundet oder gar teilweise erlassen werden. Dagegen ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Der massive wirtschaftliche Einbruch erfordert neben Sozialversicherungsleistungen für unterbeschäftigte Arbeitnehmer auch Transfers – nicht nur Darlehen – an besonders betroffene Selbständige. Für Eingriffe in den Preismechanismus, wie sie derzeit ebenfalls diskutiert werden, besteht hingegen keine Veranlassung. Erzwungene Mietreduktionen, Preisobergrenzen für spezifische Güter oder Manipulationen des Realzinses würden die Anpassung an die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse nur erschweren und könnten sogar die Bemühungen zur Eindämmung der Pandemie unterlaufen. – Angenommen, wir alle hätten in der Vergangenheit eine Pandemieversicherung abgeschlossen, die nun zum Tragen käme. Dann würden die weniger Betroffenen jetzt Transfers an die besonders Leidtragenden finanzieren, genau wie dies beispielsweise im Rahmen einer Unfallversicherung geschieht: Wer einen Unfall erlitten hat, erhält Leistungen, und wer davon verschont geblieben ist, bezahlt Prämien. Die Transfers der Pandemieversicherung würden wie auch bei einer Unfallversicherung in Form von Direktzahlungen ausgerichtet: Das Unfallopfer erhält Geld, nicht künstlich verbilligte Krücken oder Behandlungen.

Wir alle haben zwar keine Pandemieversicherung abgeschlossen. Aber Wirtschaftspolitiker können mit sachgerechten Massnahmen ähnliche Ergebnisse wie in der idealtypischen Welt erzielen. Zwei Voraussetzungen müssen dafür erfüllt sein. Erstens gilt es, die «Profiteure» (sprich: diejenigen, deren Leistungen besonders wertvoll sind) und die Leidtragenden der Krise zu identifizieren und Instrumente zu finden, mit denen die beiden Gruppen möglichst zielgenau be- oder entlastet werden können. Dabei wird es Mitnahmeeffekte ge-

Die Fehlallokation von Ressourcen wäre gerade in der jetzigen Situation ausserordentlich schädlich.

ben; sie lassen sich aber weder unter normalen Umständen noch in der jetzigen Ausnahmesituation vermeiden. Zweitens dürfen Wirtschaftspolitiker nicht der Versuchung erliegen, den angestrebten Ausgleich zwischen den Bevölkerungsgruppen durch vermeintlich naheliegende Eingriffe in das Preisgefüge zu erzwingen. Solche Eingriffe würden zu einer Fehlallokation von Ressourcen führen, und dies wäre gerade in der jetzigen Situation ausserordentlich schädlich.

Bei einer Pandemie handelt es sich um einen aggregierten Schock. Im Unterschied zu der Vielzahl von Unfällen, die jedes Jahr in der Summe ungefähr einen gleich hohen Schaden verursachen, reduzieren die Folgen der Pandemie die gesamtwirtschaftlichen Ressourcen deutlich. Darüber hinaus verändern sie die relative Knappheit von Gütern und Dienstleistungen. Was vor einigen Wochen gesellschaftlich besonders wertvoll und daher teuer war, muss es heute nicht mehr im gleichen Umfang sein, und umgekehrt. Preise müssen dies widerspiegeln können. Extreme Knappheit von Pflegepersonal, Medizingütern oder Videokonferenzen muss sich also in einem Anstieg der Preise dieser Güter und Dienstleistungen niederschlagen und der temporäre Überfluss an anderen Gütern und Dienstleistungen in Preissenkungen. Wird die Anpassung der relativen Preise verunmöglicht (zum Beispiel mit dem Argument, dass Pfleger «genug» verdienen oder Hersteller von Medizingütern die «Notlage anderer ausnützen»), dann hat dies eine Rationierung zur Folge. Ausserdem unterminieren Preisobergrenzen die Anreize derer, die durch ihre Arbeit und ihren Erfindergeist die Knappheit lindern können.

Nur sich frei bildende Preise sind in der Lage, zuverlässig zu signalisieren, wo Knappheit herrscht und welche Aktivitäten es auszuweiten oder einzuschränken gilt. Wer auf schnelle, kreative Lösungen der wirtschaftlichen Probleme setzt, der darf nicht Preise fixieren und dadurch Ressourcenflüsse in die Irre leiten.

Dirk Niepelt ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern und Direktor am Studienzentrum Gerzensee.

